

## Überregionaler Pressespiegel 18.01.2012

net tribune | 18.01.2012

### Strafbefehl gegen Linke-Fraktionschef Hahn wegen Neonazi-Blockade

Dresden - Wegen der Blockade eines Neonazi-Aufmarsches im Februar 2010 hat das Amtsgericht Dresden dem Vorsitzenden der sächsischen Linke-Fraktion, André Hahn, einen Strafbefehl in Höhe von 3.000 Euro zugestellt. Ihm wird vorgeworfen, in der sächsischen Landeshauptstadt einen rechten Aufmarsch vereitelt und damit eine grobe Störung verursacht zu haben, wie der Linke-Politiker am Mittwoch mitteilte.

Hahn selbst bezeichnet den Vorwurf als "absurd" und will gegen den Strafbefehl Einspruch einlegen. Mehr als 10.000 Menschen hatten am 13. Februar 2010 einen Aufmarsch der rechtsextremen "Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland" durch Dresden verhindert. Im Oktober 2011 hob der sächsische Landtag mit Stimmen von CDU, FDP und der rechtsextremen NPD die Immunität von Hahn auf. Dapd

<http://www.net-tribune.de/nt/node/95123/news/Strafbefehl-gegen-Linke-Fraktionschef-Hahn-wegen-Neonazi-Blockade>

---

Neues Deutschland | 18.01.2012

### Aufhebung der Immunität?

Ausschuss entscheidet über Linksfraktionschefs

Wiesbaden (nd-Öfing). Die Auseinandersetzung um eine strafrechtliche Verfolgung der Vorsitzenden der Linksfraktionen in Sachsen, Thüringen und Hessen wegen ihrer Mitwirkung an einer Blockade des Naziaufmarsches in Dresden im Februar 2010 geht in eine neue Runde. So steht bei der Sitzung der Hauptausschusses des Hessischen Landtags am Mittwoch unter dem Tagesordnungspunkt »Verschiedenes« eine Aufhebung der Immunität der beiden Fraktionschefs Janine Wissler und Willi van Ooyen auf der Tagesordnung. Dies teilte van Ooyen am Dienstag auf nd-Anfrage mit. Ungeachtet einer möglichen Immunitätsaufhebung will die hessische Linksfraktion gemeinsam mit den Fraktionen aus Sachsen und Thüringen am 18. Februar gegen den erneuten Naziaufmarsch in Dresden protestieren. »Gerade angesichts der jüngsten Enthüllungen über Gewalttaten, Mord und Totschlag aus der Neonazi-Szene dürfen wir nicht nachlassen im Kampf gegen den Neofaschismus und ebenso wenig zulassen, dass ausgerechnet Antifaschisten für ihren Widerstand gegen den braunen Terror kriminalisiert werden«, so van Ooyen. In Erfurt wollen die Vorsitzenden der Thüringer Landtagsfraktionen von LINKE, SPD und Grünen, Bodo Ramelow, Uwe und Anja Siegesmund, heute gemeinsam mit dem Thüringer Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) und Vertretern von Gewerkschaften und Initiativen zu Protesten am 18. Februar aufrufen. Dabei werden sie auch Plakate des Bündnisses »Dresden nazifrei!« aufhängen.

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/215945.aufhebung-der-immunitaet.html?sstr=aufh%E4ngen>

---

### Drei Thüringer Fraktionen rufen zu Protesten in Dresden auf

Erfurt/Dresden - Die Landtagsfraktionen von Linke, SPD und Grünen haben zu Kundgebungen und Blockaden gegen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch in Dresden aufgerufen. Symbolisch hängten dafür am Mittwoch ihre Vorsitzenden zusammen mit Vertretern weiterer Gruppen und Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) Plakate für «Block Dresden 2012» vor dem Landtag auf.

SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn bezeichnete dabei auch Blockaden als «zivilen Ungehorsam» und Zeichen für «Zivilcourage», um rechte Aufmärsche in die Schranken zu weisen. Nach Ansicht von Linke-Fraktionsvize Martina Renner können auch Blockaden solange unter dem Schutz des Versammlungsrechts stehen, wie sie nicht von der Polizei aufgelöst würden.

In diesem Jahr soll es am 18. Februar einen Aufmarsch von Neonazis in Dresden geben. Anlass ist der vorangegangene Jahrestag des 13. Februar 1945. An diesem Tag war die Stadt durch alliierte Bombenangriffe weitgehend zerstört worden.

Am Jahrestag selber planen bürgerliche Parteien, Vereine, Verbände und Kirchen unter anderem eine große Menschenkette um die Innenstadt.

Die rechten Aufmärsche mit den begleitenden Gegendemonstrationen waren in den vergangenen Jahren immer wieder durch heftige Auseinandersetzungen und Randalen überschattet. dpa

<http://www.insuedthueringen.de/regional/thueringen/thuefwthuedeu/Drei-Thueringer-Fraktionen-rufen-zu-Protesten-in-Dresden-auf;art83467,1872585>

---

### Linke-Fraktionschef soll wegen Neonazi-Blockade 3.000 Euro zahlen

Hahn will Einspruch einlegen

Dresden (dapd-lsc). Fast zwei Jahre nach der Blockade eines Neonazi-Aufmarsches in Dresden muss der Vorsitzende der sächsischen Linke-Fraktion, André Hahn, für seine Beteiligung an dem Protest eine Geldstrafe zahlen. Das Amtsgericht Dresden stellte dem Linke-Politiker am Dienstag einen Strafbefehl in Höhe von 3.000 Euro zu, wie Hahn am Mittwoch mitteilte. Das Gericht wirft dem 48-Jährigen einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vor.

Am 13. Februar 2010 hatten mehr als 10.000 Menschen den genehmigten Aufmarsch der rechtsextremen "Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland" durch Dresden verhindert. Hahn soll den Neonazi-Aufmarsch laut Strafbefehl "vereitelt" und damit "eine grobe Störung" verursacht haben. Der Linke-Politiker selbst bezeichnet den Vorwurf als "absurd" und will gegen den Strafbefehl Einspruch einlegen. Auch einer öffentlichen Verhandlung vor Gericht sieht Hahn gelassen entgegen. "Für den Ausgang eines solchen Verfahrens

bin ich mehr als zuversichtlich", erklärte er.

Hahn vertritt weiterhin die Auffassung, dass hinter den Ermittlungen der Dresdner Staatsanwaltschaft eine politische Absicht steckt. Etwa einen Monat, bevor in Dresden ein erneuter großer Aufmarsch von Rechtsextremen erwartet werde, setze die Staatsanwaltschaft "ihre Strategie der Einschüchterung gegen Nazigegner" fort. Insbesondere nach den Enthüllungen rund um die rechtsextreme Terrorgruppe aus Zwickau sei ein solches Vorgehen "verantwortungslos".

Im Oktober 2011 hatte der sächsische Landtag mit Stimmen von CDU, FDP und der rechtsextremen NPD die Immunität Hahns aufgehoben. Auch der Fraktionschef der thüringischen Linke, Bodo Ramelow, muss sich wegen der Beteiligung an der Blockade verantworten. Er hatte schon Anfang des Jahres einen Strafbefehl in Höhe von 3.400 Euro erhalten und ebenfalls Einspruch eingelegt. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Linke-Fraktionschef-soll-wegen-Neonazi-Blockade-3-000-Euro-zahlen-artikel7880026.php>

---

Frankfurter Rundschau | 18.01.2012 | Volker Schmidt

### Linken-Chefs als „Rädelsführer“

Willi van Ooyen und Janine Wissler, den beiden Fraktionsvorsitzenden der Linken im hessischen Landtag, droht der Verlust der Immunität. Sie hatten sich 2010 an der Blockade eines Neonazi-Aufmarschs beteiligt. Die Staatsanwaltschaft Dresden sieht darin einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz.

Wegen einer „öffentlichen Fraktionssitzung“ sollen die beiden Vorsitzenden der Linken im Landtag, Janine Wissler und Willi van Ooyen, die Immunität verlieren, die sie als Abgeordnete vor Ermittlungen schützt. Denn die „Sitzung“ der Linken-Fraktionen aus Hessen, Sachsen und Thüringen stand – zusammen mit rund 10.000 anderen Demonstrierenden – im Februar 2010 einem Aufmarsch von Neonazis in Dresden in Weg.

Die Staatsanwaltschaft Dresden sieht in der Blockade einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Am heutigen Mittwoch entscheidet der Hauptausschuss des Hessischen Landtages über den Antrag der Staatsanwaltschaft, Wissler und van Ooyen ihre Immunität als Abgeordnete abzuerkennen, damit gegen sie ermittelt werden kann.

An der Blockade hatten auch Bundespolitiker wie Wolfgang Thierse (SPD) und Claudia Roth (Grüne) teilgenommen, die nicht belangt wurden. Auch Verfahren gegen andere Linken-Abgeordnete wurden eingestellt.

Geldbuße nicht akzeptiert

Die Staatsanwaltschaft Dresden hält aber Wissler und van Ooyen sowie die Fraktionschefs aus Thüringen und Sachsen, Bodo Ramelow und André Hahn, für „Rädelsführer“. Gegen Ramelow wurde eine Geldbuße von 2.400 Euro verhängt, die er nicht akzeptieren will.

Wissler sagte am Dienstag, es sei ein „verheerendes Signal“, Menschen zu bestrafen, die friedlich gegen Rechtsextreme demonstrieren. Niemand habe die Linken aufgefordert, den Platz zu räumen: „Nicht einmal unsere Personalien wurden aufgenommen.“ Ramelow hatte angeführt, die Protestierenden hätten gar nicht genau gewusst, welche Strecke der Neonazi-Aufmarsch nehmen sollte. Van Ooyen sieht eine „Kriminalisierung des

antifaschistischen Widerstandes“.

„Angesichts der Serie von Neonazi-Morden kann kein Demokrat der Aufhebung unserer Immunität zustimmen“, findet Wissler. Der Ausschuss hatte den Antrag der Dresdner Ermittler im April 2011 bereits einmal abgelehnt und eine bessere Begründung verlangt. Die Grünen haben angekündigt, auch diesmal gegen die Aufhebung zu stimmen. Die SPD hat sich noch keine abschließende Meinung gebildet, neigt aber dazu, „zu verhindern, dass ein Exempel statuiert wird“.

Die FDP wollte sich am Dienstag noch nicht äußern. Auch die CDU wollte den Beratungen „nicht vorweggreifen“. Ihr parlamentarischer Geschäftsführer Holger Bellino betonte aber, „das Demonstrationsrecht muss auf Grundlage unseres Rechtsstaates ausgeübt werden“. Von einer „in Teilen verfassungsfeindlichen Partei“ brauchen „wir als Demokraten keine Belehrungen, wie man Extremismus bekämpft“. Es sei „unsäglich“, wie Wissler und van Ooyen „heute wieder einmal die unabhängige Justiz verbal attackiert haben“.

Die hessischen Linken hatten auch 2011 in Dresden demonstriert und wollen am 18. Februar dieses Jahres wieder an den Anti-Nazi-Kundgebungen teilnehmen. „Wir sehnen uns nicht nach einem Prozess“, sagte van Ooyen. Man werde das Recht auf Demonstrationen aber notfalls vor Gericht vertreten. Wissler fügte hinzu: „Wir sind ja demnächst wieder in Dresden, vielleicht lässt sich das terminlich verbinden.“

<http://www.fr-online.de/rhein-main/protest-gegen-neonazis-in-dresden-linken-chefs-als-raedelsfuehrer-,1472796,11467260.html>

---

Hamburger Abendblatt | 18.01.2012 | 12:47 Uhr

### Neonazi-Aufmarsch blockiert: 3000 Euro Geldstrafe für Hahn

Fraktionschef der Linken im sächsischen Landtag wirft Staatsanwälten vor, eine „Strategie der Einschüchterung gegen Nazi-Gegner“ zu verfolgen.

Dresden. Der sächsische Linke-Politiker André Hahn soll eine Geldstrafe von 3000 Euro zahlen, weil er gegen Neonazis protestiert hat. Hahn hatte 2010 an einer Blockade gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Dresden teilgenommen. Die Fraktion der Linken im Sächsischen Landtag teilte am Mittwoch mit, ihrem Fraktionschef sei am Dienstag über seinen Anwalt ein entsprechender Strafbefehl des Amtsgerichtes Dresden zugestellt worden. Ihm wird vorgeworfen, in der sächsischen Landeshauptstadt einen rechten Aufmarsch vereitelt und damit eine grobe Störung verursacht zu haben, wie der Politiker am Mittwoch mitteilte. Nach Angaben der Fraktion legte er Einspruch gegen den Strafbefehl ein. Die Justizbehörden waren für eine Stellungnahme zunächst nicht erreichbar.

Die Dresdner Staatsanwaltschaft hatte in Hahn einen Rädelsführer der Proteste gegen die Rechtsextremen gesehen. „Es erstaunt mich sehr, dass sich wirklich ein Richter finden ließ, der trotz der äußerst dünnen Beweislage und zweifelhafter Rechtsgrundlage bereit war, diesen Strafbefehl mit den seit langem bekannten Vorwürfen der Dresdner Staatsanwaltschaft zu unterschreiben“, erklärte Hahn. Der Juristische Dienst des Bundestages habe die Auffassung vertreten, dass es für das Vorgehen der Staatsanwälte in Dresden keine Rechtsgrundlage gebe. Verwundert zeigte sich Hahn auch darüber, dass die Ermittlungsbehörde zunächst von einer Anklage wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz gesprochen hatte, nun aber einen Strafbefehl erstellte.

„Ich bleibe dabei: Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft sind in jeder Hinsicht absurd. Wenn aber die Staatsanwaltschaft partout meint, gegen mich vorgehen zu sollen, muss das in öffentlicher Verhandlung vor Gericht ausgetragen werden, falls ein Richter bereit ist, die Anklage zuzulassen“, betonte der Politiker. Für den Ausgang eines solchen Verfahrens sei er „mehr als zuversichtlich“, zumal die sächsische Justiz „zum Glück nicht die letzte Instanz“ sei. Er warf den Staatsanwälten erneut eine „Strategie der Einschüchterung gegen Nazi-Gegner“ vor. Dies sei mit Blick auf die neuerlichen Aufmärsche der Rechtsextremen im Februar verantwortungslos.

Die Staatsanwaltschaft hatte Blockaden des genehmigten Neonazi- Aufmarsches als Straftat eingestuft. Auch „braune Dumpfbacken“ hätten das Recht auf Versammlungsfreiheit, argumentierte die Behörde damals. Trotzdem gingen weit mehr als 10.000 Menschen auf die Straße, um den Marsch der Rechtsextremen zu verhindern. Die Polizei sah sich wegen der Massen außerstande, die Blockaden zu räumen. Neben Hahn waren auch seine Amtskollegen aus den Landtagen von Thüringen und Hessen ins Visier der Ermittler geraten. Die Staatsanwaltschaft verwies auf deren politische Funktion und Verantwortung. Hahn hielt dagegen, dass sich strafrechtliche Verfolgung nur auf eine konkrete Tat gründen darf, nicht aber auf eine gewählte Funktion im Parlament. Zugleich gab Hahn zu Protokoll, dass er zum Zeitpunkt der eigentlichen Blockade gar nicht mehr am Ort des Geschehens war. Denn als die Neonazis marschieren wollten, habe er in einer Menschenkette auf der anderen Seite der Elbe gestanden – gemeinsam mit dem sächsischen Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) und anderen Politikern. *dpa/dapd*

<http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article2162093/Neonazi-Aufmarsch-blockiert-3000-Euro-Geldstrafe-fuer-Hahn.html>

---

MDR Thüringen | 18.01.2012 | 17:20 Uhr

### Politiker rufen zu Blockaden auf

Die Thüringer Landtagsfraktionen von Linke, SPD und Grünen haben zur Blockade des im Februar geplanten Neonazi-Aufmarschs in Dresden aufgerufen. Am Mittwoch hängten die Fraktionschefs, Vertreter der Gewerkschaften und Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) dazu symbolisch Plakate mit der Aufschrift "Block Dresden 2012" vor dem Landtag auf.

SPD-Fraktionschef Uwe Höhn bezeichnete Blockaden als "zivilen Ungehorsam" und als Zeichen für "Zivilcourage". Nach Ansicht von Linke-Fraktionsvize Martina Renner können Blockaden solange vom Versammlungsrecht gedeckt sein, bis sie von der Polizei aufgelöst werden.

In diesem Jahr soll es am 18. Februar einen Aufmarsch von Neonazis in Dresden geben. Anlass ist der Jahrestag des 13. Februar 1945, an dem die Stadt durch Bombenangriffe weitgehend zerstört worden war. Die Aufmärsche der Rechten und die Gegendemonstrationen in der sächsischen Hauptstadt waren in vergangenen Jahren immer wieder mit Ausschreitungen und Polizei-Einsätzen verbunden. Nach den Ereignissen im Februar 2011 gab es zudem umstrittene Ermittlungen und Verfahren der sächsischen Justiz gegen Teilnehmer von Gegendemonstrationen und Blockaden, darunter auch Politiker und der Pfarrer Lothar König aus Jena. Auch hatte die Abfrage von

Verbindungsdaten Tausender Mobiltelefone durch die sächsische Polizei zu heftigem Streit geführt.

<http://www.mdr.de/thueringen/protest142.html>

---

Deutschland today | 18.01.2012 | Evangelische Kirche Gera

### Demokratie vor Ort stärken

Gera (Evangelische Kirche Gera) - Der Runde Tisch für Toleranz und Menschlichkeit, gegen Gewalt und Fremdenfeindlich hat auf seiner ersten Zusammenkunft im neuen Jahr beschlossen, seinen Einsatz gegen die rechtsextreme Präsenz in der Stadt weiter zu verstärken.

In besonderer Weise wird sich das Engagement gegen die Bestrebung richten, zum zehnten Mal das demokratiefeindliche Großereignis „Rock für Deutschland“ in Gera durchzuführen. Bei Rechtsrock handelt es sich um aggressive Propaganda, die den Boden für Gewalt bereitet und ganz gezielt Jugendliche rekrutieren will. Dies, so die einhellige Position am Runden Tisch, darf in Gera keinen Platz haben. Gerade angesichts der realen Gefahr rechten Terrors werden die Bürger und demokratischen Organisationen unserer Stadt aufgefordert, sich mit diesen Fragen offen auseinanderzusetzen und sich aktiv in die Stärkung der Demokratie vor Ort einzubringen.

Neonazis aus ganz Europa mobilisieren für den 13. und 18. Februar 2012 erneut zu Aufmärschen nach Dresden. Wir brauchen Solidarität miteinander und Unterstützung untereinander. Deshalb ruft der Runde Tisch die Geraer Einwohner auf, sich an den vielfältigen Protesten gegen den Naziaufmarsch in Dresden zu beteiligen.

Der Runde Tisch für Toleranz und Menschlichkeit ist ein Gremium der Stadt Gera, in dem die demokratischen Parteien, die Stadtverwaltung, Kirchen, Gewerkschaften und zahlreiche Organisationen vertreten sind.

[http://www.dtoday.de/regionen/mein-today/kirchen\\_artikel,-Demokratie-vor-Ort-staerken-\\_arid,125703.html](http://www.dtoday.de/regionen/mein-today/kirchen_artikel,-Demokratie-vor-Ort-staerken-_arid,125703.html)

---

Deutschland today | 18.01.2012

### Abgeordnete gegen Nazi-Aufmarsch in Dresden

Erfurt (dp) – Tausende Neonazis wollen im Februar in Dresden aufmarschieren und so auf ihre Art und Weise an den Jahrestag der Bombardierung der Stadt im Jahr 1945 erinnern.

Dagegen protestierten am Mittwoch, 18. Januar, Landtagsabgeordnete der Linken, Grünen, der SPD sowie Vertreter von Gewerkschaften und der Initiative gegen Rechts. Vor dem Landtag hängten sie Plakate mit der Aufschrift „Dresden Nazifrei!“ auf. In den vergangenen zwei Jahren gelang es, die Nazi-Großveranstaltung durch friedliche Sitzblockaden zu verhindern. Das soll auch in diesem Jahr so sein. „Gegen Nazis muss man alles mobilisieren“, sagte ver.di-Bezirksleiter Thomas Voß. „Durch Sitzen und Stehen wollen wir den Aufmarsch verhindern.“ Einer, der schon jetzt weiß, was ihn die Teilnahme an der Anti-Nazi-Kundgebung kosten wird, ist Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow.

„Ich werde als Rädelsführer betrachtet und man hat mir 20 Tagessätze á 170 Euro angedroht. Das sind 3400 Euro. Aber das ist mir egal und die Sache ist es mir wert. Die Neonazis haben ja nun ihr wahres Gesicht gezeigt. Deshalb ist der Protest in Dresden so wichtig, weil wir nun auch wissen, wozu sie fähig sind.“ Auch Wirtschaftsminister Matthias Machnig war unter denen, die protestierten. Auch er wird im Februar nach Dresden fahren. „Hier geht es um Zivilcourage. Die Menschen müssen zeigen, dass sie die Nazis nicht dulden.“ Die Initiativen von Parteien und Gewerkschaften gehen weiter. Ähnliche Aktionen werden in den nächsten Tagen auch in Gera, Jena und Weimar stattfinden. Alle haben ein Ziel: Dass sich so viele Menschen wie möglich der braunen Meute in den Weg stellen.

[http://www.dtoday.de/regionen/lokal-nachrichten\\_artikel.-Abgeordnete-gegen-Nazi-Aufmarsch-in-Dresden-\\_arid,125813.html](http://www.dtoday.de/regionen/lokal-nachrichten_artikel.-Abgeordnete-gegen-Nazi-Aufmarsch-in-Dresden-_arid,125813.html)

---

BILD Regionalausgabe Frankfurt | 18.01.2012 | 17:58 Uhr

#### CDU will Immunität von Linken-Chefs aufheben

Wiesbaden (dpa/lhe) - Die hessische CDU-Landtagsfraktion will die Immunität der Linksfraktions-Vorsitzenden Janine Wissler und Willi van Ooyen wegen einer Anti-Nazi-Demo in Dresden aufheben lassen. Die Staatsanwaltschaft der sächsischen Hauptstadt wirft den Landtagsabgeordneten vor, im Februar 2010 Rädelsführer einer nicht genehmigten Blockade gewesen zu sein. Eine endgültige Entscheidung über die Aufhebung der Immunität wird der hessische Landtag in seinen nächsten Plenarsitzungen vom 31. Januar bis 2. Februar treffen.

<http://www.bild.de/regional/frankfurt/frankfurt-regional/cdu-will-immunitaet-von-linkenchefs-aufheben-22146664.bild.html>

---

## Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 17.01.2012

Freie Presse | 17.01.2012

### "Unnötige Ängste"

Grüne werten Warnungen vor linker Gewalt als Panikmache

Dresden (dapd-lsc). Die Grünen kritisieren die Warnungen von Verfassungsschutzpräsident Reinhard Boos und Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann vor einer Mobilisierung der linksextremen Szene angesichts der im Februar geplanten Neonazi-Aufmärsche in Dresden.

Diese Warnungen seien "einseitige Panikmache", sagte der Grünen-Rechtsexperte Johannes Lichdi am Dienstag in Dresden. Dies bediene unnötige Ängste. Es gehe doch darum, dass viele Bürger auf die Straße gingen, um gegen die Naziaufmärsche zu demonstrieren. Lichdi forderte zudem Innenminister Markus Ulbig (CDU) auf, dafür zu sorgen, dass die Behörden Proteste in Hör- und Sichtweite der Neonazis ermöglichen. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Unnoetige-Aengste-artikel7879115.php>

---

Usinger Anzeiger | 17.02.2012

### Linken-Fraktionschefs droht Aufhebung der Immunität

Wiesbaden (dpa/lhe) - Die hessischen Linksfraktions-Vorsitzenden Janine Wissler und Willi van Ooyen wehren sich gegen die drohende Aufhebung ihrer Immunität wegen einer Anti-Nazi-Demo in Dresden. Die Staatsanwaltschaft der sächsischen Hauptstadt wirft den beiden Landtagsabgeordneten vor, im Februar 2010 Rädelsführer einer nicht genehmigten Blockade gewesen zu sein.

Angesichts der Serie von Neonazi-Morden wäre es ein «verheerendes Signal», Menschen zu bestrafen, die gegen Rechts demonstrieren, sagte Wissler am Dienstag in Wiesbaden. Der Hauptausschuss des hessischen Landtags wird am (morgigen) Mittwoch über die beantragte Aufhebung der Unantastbarkeit der Abgeordneten entscheiden.

Unter 10 000 Demonstranten hatten auch die sechs hessischen Landtagsabgeordneten der Linken an der Blockade eines genehmigten Neonazi-Aufmarsches teilgenommen, der zum Jahrestag der Zerstörung Dresdens 1945 stattfinden sollte. Die hessischen Linken hielten dabei mit Kollegen aus Sachsen und Thüringen ein Treffen ab, das sie als «öffentliche Fraktionssitzung» deklarierten.

An der Blockade hatten auch Bundespolitiker wie Wolfgang Thierse (SPD) und Claudia Roth (Grüne) teilgenommen, die juristisch nicht belangt wurden. Verfahren gegen andere Linken-Abgeordnete wurden eingestellt. Allerdings klagte die Staatsanwaltschaft Dresden auch die Fraktionschefs von Thüringen und Sachsen, Bodo Ramelow und André Hahn, an. Gegen Ramelow ist mittlerweile ein Strafbefehl erlassen worden, er will die Geldbuße von 2400 Euro aber nicht akzeptieren.

«Wir sehnen uns nicht nach einem Prozess», sagte van Ooyen. Man werde das Recht auf Demonstrationen gegen Rechts aber notfalls auch vor Gericht vertreten. Die hessischen Linken hatten 2011 erneut in Dresden demonstriert und planen für Februar dieses Jahres eine weitere Reise nach Sachsen.

<http://www.usinger-anzeiger.de/nachrichten/politik/hessen/11575108.htm>

---